

# „Vermögende müssen einen Teil beitragen“

Europa-Abgeordneter Sven Giegold über ein neues Hilfspaket für Griechenland und die Euro-Krise

Vermögende in Griechenland sollten an einem weiteren Hilfspaket beteiligt werden. Diese Auffassung vertritt Sven Giegold, Europaabgeordneter der Grünen. Mit ihm sprach Norbert Pfeifer.

**Finanzminister Wolfgang Schäuble sagt, für Griechenland sei doch ein neues Hilfspaket notwendig. Überrascht Sie so viel Ehrlichkeit wenige Wochen vor der Wahl? Sven Giegold:** Nein, das überrascht mich überhaupt nicht. Denn die Zahlen sind so eindeutig, dass es nicht über Wochen durchzuhalten gewesen wäre, dies zu leugnen. Griechenland ist nach wie vor überschuldet. Die spannende Frage ist jetzt: Wie kann der griechische Staat entlastet werden?

## Was schlagen Sie vor?

Da gibt es mehrere Möglichkeiten. Man kann sagen: Wir schreiben Forderungen ab. Damit wären auch die Europäische Zentralbank, der deutsche Staat und unsere Partnerländer betroffen, das wäre der klassische Schuldenschnitt. Oder man nimmt die sanftere Form, die Herr Schäuble wohl im Auge hat: die Verlängerung von Laufzeiten und Senkung der Zinsen. Für mich ist aber ganz wichtig, dass eine weitere Umschuldung nur dann akzeptabel ist, wenn gleichzeitig auch die Vermögenden in Griechenland an den Kosten beteiligt werden. Das private Vermögen in Griechenland beläuft sich auf mindestens 160 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Davon müsste ein relevanter Teil besteuert werden. Dazu

sagte Herr Schäuble wieder nichts.

## Wie viel Geld wird die Eurokrise Deutschland kosten?

Die Kosten vorherzusagen, wäre unseriös und ist praktisch unmöglich. Dafür könnten Sie auch eine Kristallkugel befragen. Nehmen wir den Fall Griechenland, dann hängt die Antwort entscheidend davon ab, wann die Wirtschaft wieder auf die Beine kommt. Solange die ökonomische Krise andauert, werden auch die Kosten für Griechenland immer weiter steigen. Ohne Investitionen in die Wirtschaft und nur mit Sparen wird es nicht zu schaffen sein. Wir erhalten jetzt die teure Rechnung für die Einseitigkeit der Krisenstrategie der schwarz-gelben Bundesregierung.

## Ein Vorschlag lautet, dass Hilfsmittel für Athen direkt aus dem EU-Haushalt kommen sollen. Genannt wird der Strukturfonds. Was halten Sie davon?

Vorab muss man sagen: Die Spielräume sind hier begrenzt. Aber wenn zumindest ein Beitrag aus dem EU-Haushalt käme, fände ich das gut. Über keines der Rettungspakete sowohl für die Banken als auch für die Staaten wurde bisher im Europäischen Parlament abgestimmt. Die Programme, die bisher sozial und ökonomisch einseitig ausgerichtet sind, würden erstmals effektiv durch EU-Abgeordnete kontrolliert. Und insofern begrüße ich den Vorschlag – gerade aus demokratischen Gründen.

## Kanzlerin Angela Merkel sagt, die Euro-Rettung sei alternativlos. Stimmen Sie zu?

Nichts ist alternativlos. Aber der Erhalt des Euro ist in unserem gemeinsamen Interesse in Europa. Wie man die Rettung angeht – da gibt es viele Alternativen. Das Rettungskonzept, das vor allem durch Frau Merkel in Europa durchgesetzt wurde, hat dazu geführt, dass Europa sozial gespalten ist und die ökonomische Krise uns sehr teuer zu stehen kommt. Von ökologischen Zukunftsinvestitionen ganz zu schweigen.

## Alle reden über die Kosten der Krise. Auf der anderen Seite profitiert Deutschland auch, etwa durch niedrige Zinsen. Ist es da nicht legitim, etwas zur Euro-Rettung beizutragen?

Das tut Deutschland ja, und das ist auch richtig. Aber wir tun es nur unzureichend. Aber Sie haben recht, die Vorteile sind erheblich. Der Bund spart zwischen 2009 und 2013 über 40 Milliarden Euro an Zinskosten, ebenso profitieren die Länder und Kommunen. Und die deutsche Exportwirtschaft reüssiert auch durch den krisenbedingt schwachen Euro-Kurs. Es gibt hierzulande das Bild des deutschen Zahlmeisters in Europa. Das ist aber falsch. Wenn man das im Ausland erzählt, erntet man Lachen und Kopfschütteln. Niemand hat von der europäischen Einigung so viel profitiert wie wir.

## Es gibt Fachleute, die befürchten, die Union könnte auseinanderbrechen. Sehen

## Sie diese Gefahr auch?

Ja. Nehmen Sie Italien. Es gab lange Zeit kein Land in der EU, das so pro-europäisch war wie Italien – auch weil die Menschen unzufrieden waren mit ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Elite. Und nun? Bei der letzten Wahl haben europafeindliche und -skeptische Parteien die Mehrheit errungen. Das sollte uns zu denken geben.

## Was müssten die nächsten Schritte sein auf dem Weg aus der Krise?

Die Krisenstaaten brauchen sozial-ökologische Investitionsprogramme, die die Wirtschaft in Schwung bringen. Ganz wichtig ist auch ein Schuldentilgungsfonds, damit alle Euro-Staaten ihre Verschuldung zinsgünstig abbauen können. Ferner ist zusätzliche Nachfrage aus Deutschland nötig – zum Beispiel durch einen Mindestlohn –, um zum Ausgleich der Ungleichgewichte im Euroraum beizutragen. Und wir werden nicht darum herumkommen, die Vermögen im Rahmen eines Lastenausgleichs stärker zu besteuern.



## Zur Person

**Sven Giegold**, geboren 1969 in Las Palmas, ist Ökonom. Er war in Verden Mitgründer von Attac Deutschland und ist finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen im EU-Parlament.